

## Antrag

**der Abgeordneten Katja Hessel, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Dr. Florian Toncar, Nicola Beer, Frank Schäffler, Bettina Stark-Watzinger, Markus Herbrand, Christian Dürr, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Kulitz, Alexander Graf Lambsdorff, Oliver Luksic, Christoph Meyer, Hagen Reinhold, Christian Sauter, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich und der Fraktion der FDP**

## Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Stärke unserer Wirtschaft liegt in der Innovationskraft der Unternehmen, in Spitzentechnologien, -produkten und -dienstleistungen. Und das umso mehr im digitalen Zeitalter. Daher sind FuE-Investitionen (FuE – Forschung und Entwicklung) entscheidend für die künftige Wettbewerbsfähigkeit und damit für Arbeitsplätze und Wohlstand.

Die Innovationsaktivitäten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind seit etwa eineinhalb Jahrzehnten rückläufig. Trotz des jüngsten Anstiegs von 5 Prozentpunkten auf 27 Prozent liegt die Innovatorenquote nach Berechnungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau heute um absolute 16 Prozentpunkte unter jener im Jahr 2005 (43 Prozent). Dabei zeigen sich sowohl Rückgänge in der Produkt- als auch der Prozessinnovation. Bestehende Förderinstrumente wie die Projektförderung mit direkten Mitteln reichen hier nicht aus. Sie sind für viele kleine und mittlere Unternehmen wegen der Fülle an Auflagen, der Bearbeitungsdauer und übermäßiger Bürokratie zu unattraktiv.

Laut EFI-Jahresbericht 2017 stellt der derzeitige Mangel an internen Finanzierungsquellen für 30 Prozent der deutschen KMU ein Innovationshemmnis dar. KMU verfügen in aller Regel über eine geringere Eigenkapitalquote sowie über eine ungünstigere

Liquidität. Zur Finanzierung von Investitionen und Innovation sind KMU häufig auf Bankkredite angewiesen. Nach der Rahmenvereinbarung für Banken „Basel II“ sind die Zinsen und Finanzierungskosten von der Bonität des Unternehmens abhängig. Hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung können daher zu einer Verschlechterung des Ratings und damit höheren Finanzierungskosten führen. Administrative Kosten für Projektförderungen fallen bei KMU stärker ins Gewicht als bei größeren Unternehmen. Zudem verfügen sie insgesamt über eine deutlich geringere Bonität und Liquidität als große Unternehmen. Daher können KMU nur wenige FuE-Projekte gleichzeitig realisieren und deshalb auch das Risiko von Fehlinvestitionen schlechter über Diversifikation einschränken.

Die Fraktion der Freien Demokraten will eine technologieoffene, rechtssichere und bürokratiearme steuerliche Forschungsförderung für alle Unternehmen mit dem Fokus auf KMU einführen. Dadurch sollen die Unternehmen in Deutschland einen bestimmten Prozentsatz ihrer Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Steuergutschrift (Forschungsprämie) erhalten. Es sollen sowohl interne (Eigenleistung) wie externe Forschungsausgaben (Auftragsforschung) über das Steuersystem gefördert werden. Die steuerliche Forschungsförderung sollte unbürokratisch sein. Um für Unternehmen Planungs- und Rechtssicherheit zu gewährleisten, soll auch eine verbindliche Anerkennung im Vorwege der Maßnahme möglich sein. Dabei sollen die Vergabe von Auftragsforschung und die Kooperation mit Hochschulen und/oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein begünstigender Faktor bei der steuerlichen Anerkennung sein. Dies stärkt zudem die öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen vor Ort. Damit die Unternehmen zeitnah und liquiditätswirksam ihre Maßnahmen abrechnen können, soll bei internen Personalaufwendungen mit dem monatlichen Lohnsteuerabzug und bei externen Forschungsausgaben mit der vierteljährlichen Vorauszahlung der Körperschaftsteuer verrechnet werden.

Mit dem Vorgehen können die Unternehmen gleichermaßen davon profitieren, unabhängig von der Branche oder Art und Inhalt der Innovationsvorhaben. Viele andere OECD- und EU-Mitgliedstaaten verfügen bereits über dieses Instrument. Deutsche Unternehmen benötigen eine steuerliche Forschungsförderung auch, um im internationalen Steuerwettbewerb nicht länger einen Standortnachteil zu erfahren. Ziel des Konzeptes ist, dass die Forschungsprämie mit der Steuerschuld verrechnet oder – im Verlustfall – als negative Steuererstattung ausgezahlt wird. Diese Liquiditätsspritze hilft besonders Start-ups und Unternehmen in Erneuerungs- oder Krisensituationen. Zur fiskalischen Begrenzung der Kosten wird eine Deckelung (Cap) der Steuergutschrift eingeführt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, der

- in Deutschland eine zielgerichtete steuerliche Forschungsförderung ermöglicht,
- nicht zu Lasten der direkten Forschungsförderung (Projektförderung) geht, die parallel beibehalten werden soll,
- unbürokratisch für die Unternehmen und die Verwaltung ist,
- planungs- und rechtssicher für die Unternehmen ausgestaltet und administrierbar ist,
- sich an eine klare und eindeutige Bemessungsgrundlage (in- und externe Personalaufwendungen) orientiert,
- eine Doppelförderung in einzelnen Projekten ausschließt,
- nicht zur Wahrnehmung einer Option zwingt (Optionsmodell),
- für Schlüsseltechnologien sowie zukunfts-kritische Technologien und Branchen,

zum Ausgleich eines Standortnachteils bzw. der Förderung, einen höheren Fördersatz vorsehen kann,

- eine regelmäßige Evaluierung hinsichtlich der Wirksamkeit vorsieht und
- die mögliche steuerliche Forschungsförderung pro Unternehmen begrenzt.

Berlin, den 3. Juli 2018

**Christian Lindner und Fraktion**

